DANIEL MAURER / DAPD (L.); MICHAEL DALDER / REUTERS (R.)

Christdemokraten Mappus, Merkel, Polizeieinsatz gegen Stuttgart-21-Demonstranten am vergangenen Donnerstag: *Gefährliche Liebschaft*

PROTEST

Merkels Bahnhofs-Mission

Stuttgart 21 verändert Deutschland. Die Polizei knüppelt Demonstranten nieder und heizt die Stimmung auf, der Staat verliert Vertrauen, und die politische Landschaft erneuert sich. Das schwarz-grüne Projekt ist mausetot, die Kanzlerin gibt sich einen konservativen Anstrich.

Christine Oberpaur steht an einem Absperrgitter im Zentrum von Stuttgart, an ihrer linken Hand trägt sie einen Ring mit einem Familienwappen. Sie ist 64 Jahre alt, Wirtschaftspsychologin und stammt aus einer konservativen Unternehmerfamilie, der viele Kaufhäuser in Süddeutschland gehört haben. Sie hat immer CDU gewählt.

Ein Polizist in Schutzkleidung mustert sie durch das Visier seines Helms. Als Oberpaur ihn anschaut, sieht er weg. „Heute Nacht habe ich mein Demokratie-Verständnis verloren“, sagt sie.

Die zarte Frau hat einen Tag und eine Nacht im Schlossgarten gewacht, dem Regen und der Kälte getrotzt. Sie war da, als die Polizei mit den Wasserwerfern kam, und duckte sich hinter eine Plane. „Das Pfefferspray hat unbeschreiblich in den Augen und im Hals gebrannt“, sagt sie. Immerzu habe sie husten müssen, dann sei sie weggerannt. „Ich bin ja weiß Gott keine mutige Frau, geschweige denn eine Berufsdemonstrantin.“

CDU? „Damit ist jetzt Schluss“, sagt sie.

Der Donnerstag der vergangenen Woche ist ein Tag, der vieles verändert hat. Die CDU verliert Christine Oberpaur, die CDU verliert wahrscheinlich noch viele andere Wähler, dazu die Grünen als möglichen Koalitionspartner. Und der Staat in Baden-Württemberg, das ist vielleicht das Wichtigste, verliert Vertrauen. Denn der Staat hat sich an diesem Tag von seiner hässlichen Seite gezeigt.

Der Staat war im Recht bis dahin. Das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 ist durch alle demokratischen Instanzen gegangen, es ist voll legitimiert, wenn auch nicht akzeptiert von vielen Bürgern. Aber dann stürzte sich die Polizei auf Demonstranten, die Bäume schützen wollten. Knüppel, Pfefferspray, Wasserwerfer – die Mittel eines grimmigen Staates, maßlos eingesetzt. Die Polizei zählte 130 Verletzte, 16 mussten ins Krankenhaus. Verantwort-

lich sind die Behörden in Baden-Württemberg, angeführt vom schneidigen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (siehe Seite 23).

Aber die Schlacht von Stuttgart ist auch ein Problem von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie hat das Projekt zur Chefsache gemacht, stimmt sich eng mit Mappus ab und verordnete in ihrer Haushaltsrede vor zwei Wochen der CDU „Standhaftigkeit". Sie ist jetzt Merkel 21.

Und das ist eine überraschend neue Merkel. Sie, die liberale Reformerin der CDU, die aufgeräumt hat mit dem Erbe Helmut Kohls, übt den Schulterschluss mit dem konservativen Raubauz Mappus, der sich als Wiedergänger des Politikers Kohl sieht. Das ist eine gefährliche Liebschaft für die Kanzlerin. Wenn Mappus die Landtagswahl 2011 wegen Stuttgart 21 verliert, ist das auch Merkels Niederlage. Und wenn nun noch mehr Bürger an der Politik zweifeln, klebt das auch an ihr.

„Merkel kommuniziert mit dem Schlagstock", sagte am vergangenen Donnerstag die Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, Renate Künast. Diese harschen Worte markieren einen Bruch in der gesellschaftlichen Architektur der Bundesrepublik. Im Strahl der Stuttgarter Wasserwerfer sank auch die Hoffnung eines fortschrittlichen Bürgertums auf Schwarz-Grün dahin.

In einer Bundes-Koalition dieser Parteien sollte sich dereinst eine neue bundesrepublikanische Mitte treffen, Bürger, die gut, aber nachhaltig leben wollen. Diese Mitte ist zerschnitten. „Jetzt sind die kulturellen Unterschiede zwischen Union und Grünen so offensichtlich, dass die schwarz-grüne Option faktisch verschwindet", frohlockt der Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, der gern als Konservativer auftritt.

Nun gibt es kein neues Deutschland, sondern ein altes. Der Kampf in Stuttgart erinnert an die achtziger Jahre, als eine grüne Bewegung gegen die Union des Helmut Kohl kämpfte.

Wie nach den Schlachten von damals wird nun über das Vorgehen der Polizei diskutiert. Schauspieler Walter Sittler, Galionsfigur der Gegner im Kampf gegen Stuttgart 21, ist entsetzt: „Bei dem Polizeieinsatz wurde die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht gewahrt. Da wurden Frauen und alte Menschen durcheinandergeschubst. Aber wie alles wird auch das Mappus einen Scheiß interessieren. Wenn das keine personellen Konsequenzen hat, dann können wir uns gleich einsargen lassen."

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, verteidigt den Einsatz seiner Beamten. Gewaltfreies Verhalten sei nicht automatisch friedliches Verhalten, sagt er. Viele Bürger hätten im Schlossgarten gegen den Rechtsfrieden verstoßen, weil sie sich trotz mehrfacher Aufforderung der Polizeibeamten nicht entfernt hätten. Wendt regt an: „Es wäre richtig und konsequent, über die Veränderung des Landfriedensbruch-Paragrafen nachzudenken. Auch die vermeintlich Unbeteiligten müssen strafrechtlich verfolgt werden können." Über den Einsatz der Wasserwerfer im Schlossgarten sagt er: „Polizeiliche Einsatzmittel müssen Waffen sein, die weh tun, nur dann wirken sie."

Schärfere Gesetze? Mehr Vernunft wäre die bessere Antwort, und mehr Geschick. Auch bei diesem Polizeieinsatz ist überstürzt und selbstherrlich gehandelt worden, wie eine Rekonstruktion der Ereignisse zeigt.

Der Termin, wann die ersten Bäume kippen sollen, wird Anfang September in einer kleinen Runde festgelegt. Vertreter von Innenministerium, Umwelt- und Verkehrsbehörden, der Bahn und der Polizeipräsident wollen die Sache so schnell wie möglich durchziehen, weit vor den Wahlen im

März. Man einigt sich auf die Nacht zum 1. Oktober, den frühestmöglichen Zeitpunkt, den die Naturschutzgesetze für die Rodung zulassen. Sogar die Uhrzeit wird ausgehandelt, um 15 Uhr sollen die Polizisten anrücken, um den Platz rund um die Parkbäume abzusperren. So weit Plan A.

Polizeipräsident Siegfried Stumpf hat aber von Anfang an einen Plan B in der Tasche, weil er weiß, dass er seinen eigenen Leuten nicht trauen kann. Immer wieder sickerten im Sommer Informationen an die Demonstranten durch, viele Beamte sympathisieren inzwischen mit den Gegnern von Stuttgart 21. Einige haben Angst, „dass sie am Tag X auf ihre eigenen Kinder einschlagen müssen", sagt ein leitender Beamter.

Also beschließen Polizeiführung und das Innenministerium in kleiner Runde, für den Großeinsatz einige Hundertschaften aus Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und NRW anzufordern – und diese insgeheim auf einen früheren Einsatz vorzubereiten als die einheimische Polizei.

24 Stunden vor dem großen Schlag weiß Stumpf, dass sein Misstrauen gerechtfertigt war. Im Internet kursieren Warnungen der Parkschützer, sie wüssten „aus zuverlässiger Quelle", dass man sich am Donnerstag um 15 Uhr der Polizei entgegenstellen müsse.

Stumpf trifft die folgenschwere Entscheidung, Plan B in Kraft zu setzen: Er lässt die auswärtigen Polizisten am Donnerstag bereits um 10 Uhr früh im Park aufmarschieren und die Baustelle sichern.

Was er außer Acht lässt: Zur gleichen Zeit, als die Einsatzfahrzeuge Richtung Park rollen, bewegt sich eine Schülerdemonstration durch die Stuttgarter Innenstadt auf das gleiche Ziel zu. Hunderte Schüler und Lehrer fordern lautstark: „Lieber mehr Bildungsausgaben statt Prestigebahnhof". Die Demonstration wurde am 24. September per Mail beim Stuttgarter Ordnungsamt beantragt und fünf Tage später von der Behörde genehmigt. Ein Durchschlag ging ans Innenministerium und die Polizei.

Um 10.20 Uhr, kurz nach Einsatzbeginn, bekommen die Parkschützer Wind vom Polizeieinsatz und lösen via Mail, SMS und Twitter ihre interne Alarmkette aus. Auch die Schüler sind unter den Adressaten. Alle machen sich sofort auf den Weg zu den Bäumen. Mit dem Tempo dieser multimedialen Vernetzung hat die Polizeiführung nicht gerechnet.

Um Viertel vor elf klingelt bei Polizeipräsident Stumpf das Handy. Er ist auf dem Weg zu einer Pressekonferenz im Landtag, um von seinem Überraschungscoup zu berichten. „Die Kids sind noch da", warnt der Anrufer. „Ich weiß", wimmelt ihn Stumpf ab. Später wird er im kleinen Kreise sagen, er sei davon ausgegangen, dass sich die Jugendlichen von der geballten Staatsmacht mit Schutzhelmen und heruntergeklappten Visieren so beeindruckt zeigen würden, dass sie von selbst den Rückzug antreten. Mit einer solchen Strategie der bloßen Machtdemonstration sei man im braven Ländle über Jahrzehnte hinweg „gut gefahren", sagt Stumpf, „Wasserwerfer haben wir in den vergangenen 40 Jahren noch nie einsetzen müssen". Um die Aktion zu stoppen, war es seiner Ansicht nach zu spät. „Die Baufahrzeuge rollten schon."

Demonstranten blockieren die Zugangswege, besetzen einen Gitterwagen der Polizei. Beamte versuchen sie wegzudrängen, auch mit Schlagstöcken, Zentimeter um Zentimeter. Die Polizisten versprühen Pfefferspray, sie setzen Wasserwerfer ein. „Die haben mir mit gnadenloser Härte das Zeug direkt ins Gesicht gesprüht", erzählt Erhard Lippek, 48. „Die Lage konnte nur durch Anwendung von unmittelbaren Zwangsmaßnahmen beendet werden", heißt es später im internen Lagebericht der Polizei.

Nun haben in Stuttgart die Schuldzuweisungen begonnen. „Mappus ist dafür verantwortlich", sagt der Grünen-Fraktionschef Winfried Kretschmann, „er ist auf Konfrontationskurs, offensichtlich will er sich im Wahlkampf als Law-and-Order-Mann profilieren." Die FDP will Innenminister Heribert Rech in einer Fraktionssitzung zur Rede stellen; intern zeigt sich der Koalitionspartner entsetzt über die Instinktlosigkeit von Polizei und Innenministerium. „Da ist einiges schiefgelaufen", klagt ein führender Liberaler.

Zu den Folgen gehört auch, dass es die Befürworter von Stuttgart 21 von nun an noch schwerer haben, mit ihren Argumenten durchzudringen: Das Projekt ist demokratisch voll legitimiert. Jetzt geht es nur noch um die Frage der Gewalt.

Das stört vor allem die Bundeskanzlerin. Nachdem Merkel tagsüber die Meldungen aus Stuttgart verfolgt hatte, wollte sie abends die Bilder dazu sehen. Sie sah die „Tagesschau" und war entsetzt. Den Einsatz der Polizei fand sie zu massiv, und sie wusste, dass die Grünen ihr die Verantwortung dafür anhängen würden.

Stuttgart 21 macht Merkel zum ersten Mal so richtig angreifbar. Bislang war sie die Meisterin des Ungefähren. Nun bindet sie sich an einen Bahnhof. Dafür gibt es einen Strauß von Gründen.

Merkel sitzt häufig mit ausländischen Regierungschefs zusammen, die ihr erzählen, wie schnell sie ihr Land modernisieren. Zwar ist Merkel kein Fan chinesischer Brachialeffizienz, aber sie findet, dass Deutschland nicht noch langsamer werden darf.

Merkel ist Fan der repräsentativen Demokratie. Sie findet, dass sich die Bürger vor allem bei den Wahlen einmischen, ansonsten aber den Politikern die Politik überlassen sollen. Und sie findet, dass Schwarz-Gelb die Wahl in Baden-Württemberg nicht verlieren darf. Dann würde auch ihre Koalition in Berlin wackeln. Deshalb hat sie sich nun mit Mappus verschworen, eigentlich der Antityp zu ihrem Modernisierungskurs und ihrem Wunsch nach geschmeidigem Konsens.

Mappus hatte nur ein paar halbherzige Versuche unternommen, die Gegner einzubinden. Selbst der katholische Stadtdekan von Stuttgart, Michael Brock, der eines der gescheiterten Gespräche moderierte, warf dem Ministerpräsidenten „ei-

BERND WEISSBROD / DPA

Baumfällarbeiten im Stuttgarter Schlossgarten: *„Politikstil in Rambo-Manier"*

Der Regierungschef will jetzt marschieren, durchregieren so wie sein Vorbild Kohl damals bei der Nachrüstung – ein Vergleich, den er gern heranzieht.

Für die Gegner von Stuttgart 21 ist Mappus spätestens jetzt das Gesicht einer rücksichtslosen Staatsmacht, der Mann, dem sie alles zutrauen, auch, dass die Schlacht im Schlossgarten kühl kalkuliert war: um den Widerstand zu spalten, in die Radikalen und die anderen, die draußen auf dem Land, die mit den Radikalen nichts zu tun haben wollen. Dort werden baden-württembergische Wahlen gewonnen, nicht in Stuttgart.

Mappus hält nichts davon, die CDU für die modernen, liberalen Eliten in den Großstädten attraktiv zu machen. Der Preis dafür sei die Irritation der Kernklientel im ländlichen Raum. Merkel hat das bislang komplett anders gesehen und Politik für Stadtmenschen gemacht. Aber sie hatte keine andere Wahl, als Mappus zu stützen, weil ihr die Partei alles andere nicht verziehen hätte. Merkel betreibt jetzt, was viele oft gefordert haben: CDU pur. Es gibt keine impliziten Angebote an die Grünen in der Energiepolitik oder Rücksicht auf die SPD in der Sozialpolitik mehr. Es wird wieder in Lagern gedacht und gehandelt.

Die Grünen, mit denen sie bislang als Bündnispartner geliebäugelt hatte, sind ihr nun egal. Erst brachte Merkel sie mit der massiven Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke gegen sich auf, und seit der Eskalation in Stuttgart sind die Wege zueinander wohl auf lange Zeit blockiert.

Wenn einer bei den Grünen bislang für Schwarz-Grün stand, dann Alexander Bonde, 35, Bundestagsmitglied und verheiratet mit einer ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten. Aber im Moment macht ihn nichts so zornig wie die Union. „Merkel hat Mappus faktisch das Okay gegeben", sagt er. „Jetzt wird in Stuttgart der friedliche Widerstand kriminalisiert."

Es ist Freitagmittag, Bonde fährt den Laptop in seinem Büro im Bundestag herunter. Gleich geht es zum Flieger nach Stuttgart, am Abend will er demonstrieren. Er erzählt, dass Bekannte ihm berichtet haben, wie ihre 14-jährige Tochter in Stuttgart von Polizisten geschlagen worden sei. In der Bundestagsdebatte ist Bonde deshalb der Kragen geplatzt: „Ich schäme mich wirklich dafür, dass in diesem Land Vorgänge, wie wir sie heute in Stuttgart erlebt haben, möglich sind."

Die Unionsbank schimpfte zurück, und Bonde weiß nun, wie tief die Gräben zu der CDU sind, der er sich so nahe fühlte. Eine schwarz-grüne Koalition hält er neuerdings für ausgeschlossen, zu arrogant sei die Regierungspartei: „Die CDU muss in die Opposition, bevor mit denen wieder was geht."

Matthias Bartsch, Ralf Beste, Simone Kaiser, Dirk Kurbjuweit, Ralf Neukirch, Antje Windmann

BERND WEISSBROD / DPA

Ministerpräsident Mappus: *Kürzeste Amtszeit in der Geschichte des Landes?*

Der da oben

Der CDU droht im März der Machtverlust in Baden-Württemberg. Das liegt auch an Stefan Mappus. Der Ministerpräsident ist zwar jung, aber ein Parteipolitiker vom alten Schlag.

Es war einmal in Baden-Württemberg – und was die Union angeht, in der guten alten Zeit. In jenem Juli, der heute schon so lange her zu sein scheint. Damals, vor der Krise, ließ sich Stefan Mappus also im Vollbesitz seines Selbstbewusstseins interviewen, und der neue Ministerpräsident sagte so etwas wie: Zehn Jahre im Amt, mehr müssten es nicht sein, bei diesem Verschleiß heutzutage als Regierungschef.

Klang das nicht irgendwie genügsam, bescheiden, angemessen? Schon, aber es klang nur so. Denn in Wahrheit war der Satz weniger angemessen als anmaßend, er stand für die Macht, die Kraft und die Herrlichkeit der CDU im Ländle, und Stefan Mappus verkörperte das alles in diesem Moment: Ich muss mir Gedanken machen, wann es genug ist. Nicht der Wähler. Denn der Wähler in Baden-Württemberg wählt doch sowieso Schwarz.

In diesem Selbstverständnis, mit dieser Selbstverständlichkeit ist Mappus in der heimischen CDU groß geworden: Wir sind das Land, das Land, das sind wir. Eine Gleichung, die 57 Jahre aufging und die Mappus auch im Mai bei seiner ersten Auslandsreise nach Wien wieder aufmachte: Baden-Württemberg, das Land, in dem nie ein Roter Regierungschef war.

Dann aber kam der Sommer, und aus dem Sommeranfang im Juli wurde das Sommerloch im August, und aus dem Sommerloch stieg etwas auf, was bei einem Parteiprimus wie Mappus für den Weg nach oben nie entscheidend war: ein Sachthema. Stuttgart 21, der umstrittene Umbau des Stuttgarter Bahnhofs. Und je mehr das Thema hochkam, ohne dass Mappus aus seinem Urlaub dazu etwas sagte; je mehr die Bürger fragten und in Frage stellten, protestierten und demonstrierten, während er so tat, als könne man die Sache zu Tode schweigen. Umso tiefer versank die CDU im Loch.

Nur noch 35 Prozent schaffte sie in der jüngsten Infratest-dimap-Umfrage. So wenig, dass Mappus sich nun über etwas anderes Sorgen machen muss als über seine Amtsmüdigkeit in zehn Jahren. In sechs Monaten, bei der Landtagswahl, könnte er zum Ministerpräsidenten mit der kürzesten Amtszeit in der Geschichte Baden-Württembergs werden. Zum ersten Regierungschef, der das Land nicht für die CDU halten konnte. Sogar zum ersten Regierungschef in der Republik, der sein Amt an einen Grünen verliert. Traut man der Umfrage, liegen die Ökos, die gegen den neuen Bahnhof kämpfen, mit 27 Prozent klar vor der SPD.

Es sind also merkwürdige Zeiten im Ländle, und die knappste Begründung, warum die Zeit über Mappus hinweggehen könnte, hat vier Wörter. Sie stehen